

170000
52
1918
4/1 - 20/1
Linné Politik
L3.

Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei Württembergs

Stuttgart, 6. Jan. (Priv.-Tel.) Seit vier Jahren zum ersten Mal trat die Fortschrittliche Volkspartei Württembergs zu ihrer Landesversammlung am Dreikönigstage wieder zusammen. Die Versammlung war aus dem ganzen Lande außerordentlich zahlreich besucht. An Stelle des verhinderten 1. Vorsitzenden Dr. Elias eröffnete Stadtgeometer Kercher die Versammlung. Zum 1. Vorsitzenden der Tagung wurden Geheimrat Hofrat Dr. Brudmann, zum 2. Reichsanwalt Moos (Ulm) gewählt. Geheimrat Hofrat

Brudmann

gab zunächst dem schrankenlosen Dank und der tiefsten Bewunderung für alle Kämpfer und die geniale Leitung unserer Truppen Ausdruck. Die Schwaben hätten überall, wo sie kämpft, hohes Lob und Anerkennung erfahren und seine Führung sich würdig erwiesen. Der einzige Dank und Lohn für die Opfer des Volkes würde sein, dem Volke die gewöhnliche Freiheit zu verschaffen, die es sich überhaupt erziehen könne. (Beifall.) Dazu sei die Fortschrittliche Volkspartei in erster Linie berufen. Für die demokratischen Forderungen werde jetzt durch die Ergebnisse des Krieges die Bahn frei werden. Im allgemeinen Zusammenschlusse der Kräfte mühten die Wunden des Krieges geheilt werden aus der Ermüdung, daß nur ein einiges Volk die schweren Folgen des Krieges überwinden könne. Die Parteien mögen miteinander kämpfen mit dem einen Ziel der Größe und Förderung des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches. Die Fortschrittliche Volkspartei treibe nicht politischen Ehrgeiz, sondern nützliche Vaterlandsliebe, die überzeugt sei, daß nur ein freies Deutschland, nur ein freies Volk in der gefährlichen Zeit nach dem Kriege sich voll bewähren könne. Wir haben nur ein Ziel: einen Frieden, der freie Bahn schafft deutschem Wesen und Segen bringe deutscher Arbeit. (Beifall.)

Dr. Goldschmidt (Frankfurt a. M.) überbrachte die herzlichsten Grüße und besten Wünsche der Frankfurter Parteifreunde. Die Beziehungen zwischen Frankfurt und der schwäbischen Demokratie seien immer außerordentlich herzlich gewesen. Frankfurt sei lange Jahre hindurch eigentlich nur ein vorgezogener Posten der schwäbischen Demokratie gewesen. Heute sei die Gesamtdemokratie im ganzen Reich in sich fest geschlossen und einheitslich. Es gebe keine partikularen Unterschiede der Grundausfassung. Mit dieser Einigkeit und Geschlossenheit herbeigeführt zu haben, sei gerade ein Verdienst der süddeutschen Demokratie. Frankfurt habe ein ganz besonderes Interesse an den großen inneren Reformarbeiten, die nun in Preußen in Angriff genommen würden, von denen zu hoffen sei, daß sie trotz starken Widerstandes zum glücklichen Ende gelangen. Auch hier sei man Württemberg zu besonderem Danke verpflichtet. Seit mehr als einem Jahrzehnt habe es in aufopfernder Vorkämpferrolle im Lande selbst die verfassungsmäßigen Grundlagen für freien Geist und seine Betätigung sich geschaffen. Unerschütterlich für das deutsche Volk sei, daß der größte Staat verfassungsmäßige Grundlagen habe, die einer solchen Betätigung entgegenstünden. Die preussische Wahlrechtsfrage sei eine gesamtdeutsche Frage und im Gesamtinteresse des deutschen Volkes gelegen. Möge der Dreikönigstag 1918 vollen Erfolg sehen, was heute im Werden begriffen sei. Dann werde das schädliche und erbitternde Dualismus in den innerpolitischen Zuständen, der zwischen dem Reich und Preußen bestünde, verschwunden sein. (Beifall.)

Professor Gumel (Karlsruhe) überbrachte die Grüße der badischen Fortschrittlichen Volkspartei und betonte, der Krieg habe gezeigt, daß die Welt ohne Demokratie nicht mehr leben könne. Im Krieg sei die Demokratie eine militärische, ja politische Tatsache. Wir uns liege es, daß nach dem Kriege die Demokratie zu einer politischen Tatsache werde. Verschiedene in der vorausgegangenen Sitzung des engeren Ausschusses behandelten

Mittelkandantträge

des Landtagsabgeordneten Herrmann sollen an den Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei zur weiteren Behandlung überwiesen werden.

Die Versammlung nahm hierauf folgenden Antrag des Landtagsabgeordneten Herrmann einstimmig an:

Die Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei wird ersucht, im Reichstage auf die rechtzeitige Verabschiedung einer Gesetzesvorlage hinzuwirken folgenden Inhalts: Die Bestimmung über die Demobilisierung, insbesondere die Vorchrift des § 20 Abs. 13 der Deutschen Wehrordnung, wird dahin ergänzt, daß bei der Entlassung der Wehrpflichtigen aus Anlaß der ganzen oder teilweisen Demobilisierung das Lebensalter der Wehrpflichtigen unter grundsätzlicher Gleichstellung der Dienstpflichtigen mit den Wehrpflichtigen maßgebend ist. Der Begriff der Landsturmpflicht in diesem Krieg hat die Auffassung, die dem Gesetz vom 11. Februar 1888 als Grundlage diente, überholt und erweitert. Die Landsturmpflichtigen bilden jetzt einen großen Bestandteil aller Formationen des Heeres und der Marine im Sinne der Wehrordnung, ohne daß sie durch die Zugehörigkeit zu diesen Formationen persönlich aus dem Landsturmverhältnis ausgeschlossen sind. Die Gerechtigkeit erfordert es und das öffentliche und private Interesse machen es dringend notwendig, daß die Entlassung unserer Truppen nicht nach der militärischen Einordnung, sondern grundsätzlich unter Berücksichtigung des Lebensalters, beginnend mit den ältesten Jahrgängen erfolgt. Besondere häusliche und wirtschaftliche Verhältnisse sind zu berücksichtigen.

Den

Parteibericht

erstattete Stadtgeometer Kercher. Er erinnerte an den hundertjährigen Geburtstag des alten Vorkämpfers der Demokratie, Siegmund Schott, gedachte der im vergangenen Jahr gestorbenen Parteifreunde und hob die Berufung Tischbings nach Berlin, sowie die Ernennung Bayers zum Stellvertreter des Reichskanzlers hervor, die mit Genugtuung und Stolz erfüllt. Die Schmähungen und Verhöhnungen, die Bayer in der letzten Zeit zu Teil geworden seien, prallten an seiner erwiebenen parlamentarischen und staatsmännischen Größe ab.

Unter lebhafter Zustimmung wurde die Absendung folgender Telegramme an Bayer beschlossen: „Die Landesversammlung begrüßt mit Freude und Stolz Ihre Ernennung zum Stellvertreter des Reichskanzlers, dankt herzlich für die leitende im Interesse des Vaterlandes geleistete aufopfernde Arbeit im Reichstage und in den Ausschüssen, sowie bei wichtigen Regierungshandlungen. Sie bedauert außerordentlich Ihre schmerzliche Erkrankung und hat den herzlichsten Wunsch, Ihrer raschen und vollen Genesung entgegenzusehen zu dürfen.“

Reichstagsabgeordneter

Conrad Kaufmann

sprach sodann über die politische Geschichte des Jahres 1917.

Rückwärts bei öffentlich geführten Verhandlungen vor kriegserrigten misstrauischen Völkern sind von vornherein in Rechnung zu nehmen. Wir werden uns vor Nervosität hüten müssen. Die Reichsregierung muß den großen, das Vaterland rettenden Verteidigungskrieg durch einen guten Frieden befrichtigen. Die Hoffnung, daß auch die Gegner im Westen der Einsicht des Gegners im Osten beitreten werden, muß mit allergrößter Zurückhaltung beurteilt werden. Kein kriegsführender Staat Europas ist weniger von einer Revolution bedroht als Deutschland, weil die deutsche Reichsregierung und die Mittelmächte zuerst den Willen einer offenen Friedensinitiative gehabt haben. Der Friedensvorschlag Bismarcks war ernst, weil alles, was Bethmann Hollweg war, ernst war, weil der Vorschlag den Gefühlen des deutschen Volkes entsprach, und weil wir Demokraten diesen Schritt von Bethmann Hollweg verlangten. Die Schuld am Weltkrieg steht ausschließlich bei Lloyd George und Wilson, ebenso die Schuld an der Fortsetzung des Krieges. Neben der großen militärischen Strategie muß eine gute Politik zum Ende des Krieges zusammenwirken. Der

Freigiebtige Verteidigungskrieg

muß nach wie vor unsere Lösung bleiben. Parren sind es, die sagen, diese Politik habe Deutschland geschwächt. Die sogenannten Demokraten der Entente-Regierungen gehen zu den Ältern der größten Unfreiheit über. Der Militarismus ist in Frankreich an Stelle der bürgerlichen Freiheit und der parlamentarischen Immunität getreten. Die Reichstagsresolution vom 19. Juli ist nicht überholt, sondern in Kraft. Kein anderes Parlament der Welt hat während des Krieges so frei und selbständig, so klar und wahr zu Krieg und Frieden Stellung genommen wie der Reichstag. Die Entente-Parlamente gehören den Machenschaften ihrer Diktatoren Lloyd George und Clemenceau. Jede diktatorische Ausnutzung unseres Uebergewichtes an Macht und Segen würde die lockere Front der Entente wieder künstlich zusammenführen. Klug und sehr auf maßvoll gewählte Forderungen zu bestehen, müssen wir als unsere wichtigste Aufgabe ansehen. Deshalb müssen wir im Parlament hinter Kühlmann treten und die Ablehnung Hertlings, die Friedensverhandlungen wegenverlegen, mit alle

Rachdruck unterstützen. (Beifall.) Die Autonomie der Völkern hat sich angelehnt des Staats in Rußland als berechtigt erwiesen. Wenn diese im Gebrauch des Selbstbestimmungsrechtes sich an Deutschland anlehnen und nicht an Rußland, würden wir ehrliebe und offene Freundschaft empfinden. (Beifall.) Die bundesstaatliche Selbständigkeit der Elbsch-Bothinger ist ebenso gewiß ein national und international wichtiges Programm wie die Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit Belgiens und die Freigabe der nordfranzösischen Provinzen. Die Ausräumung der deutschen Kolonien hat unser hervorragendes Kolonialminister mit Recht als Hauptbedingung erklärt, und eine solche ist auch die Unverletzlichkeit der Türkei. Die deutsche Politik ist auf diesen Basis bereit, zum Abschluß eines Friedens zu gelangen. Ein dauerhafter Friede ist von der inneren Verständigung der Völker abhängig. Die Hauptmission aller Länder lehrt der Weltkrieg: Ne begehrten das Ziel, um so gefährlicher das Spiel. (Beifall.)

Zur

Inneren Politik Deutschlands

Bemerkte Conrad Kaufmann, Bethmann Hollweg hat die Bedürfnisse erkannt und die rechte Richtung eingeschlagen. Mit außerparlamentarischer Hilfe haben ihn die konservativen schließlich zu Fall gebracht. Die Reichstagsmehrheit hat in der Stille eine große Entwicklung vom Beamtenstaat zum parlamentarisch repräsentativen Staat vollzogen. Besonders bedeutsam ist, daß dies ohne Konflikt durchgeführt worden ist, den wir mitten im Weltkrieg zu vermeiden uns strengstens bemüht haben. (Beifall.)

Dafür gebührt dem Reichstag, aber auch der Krone und der Regierung Dank. Besonders erfreulich ist, daß auch die Oberste Herrensleitung an der inneren Einigkeit der Gewalten vollen Anteil nimmt. Bayer wurde berufen ohne sein Zutun, während er krank lag. Wir, die wir seit Jahrzehnten hoch auf den Charakter unseres Führers, dürfen mit ruhigen Vertrauen sagen, daß er die neue große Stelle in demselben Best übernehmen und ausfüllen wird.

Bei dieser Gelegenheit teilte Kaufmann unter warmem Beifall der Versammlung mit, daß das Bestehen Bayerns in einer erfreulichen Entwicklung zum Besseren sich befindet. Er habe sich bei einem Besuche gekreuzt über die volle Bräutlichkeit und geistige Reife und über den dringenden Wunsch Bayerns, das neue Amt übernehmen zu können. (Beifall.)

Eines erhebenden Gefühls als dessen, daß der ausgezeichnete Demokrat und Volks- und Staatsmann in jenes Amt in der schwersten Zeit des Vaterlandes berufen worden sei, könne er sich nicht erinnern. (Stürmischer Beifall.)

Leber die

Parteien

Bemerkte Kaufmann: In der politischen und kulturellen Beziehung an den Staatsgeschäften habe die konservative Partei verlagert. Keine der großen Parteien habe der Reichsregierung soziale Schwierigkeiten in den letzten drei Jahren gemacht und so sehr das Mißtrauen gegen die Reichsregierung ausbreiten lassen, wie die konservative Partei, angeleitet von dem leidenschaftlichen Dilettantismus der Alldeutschen, die nach dem Sturz Bethmann Hollwegs die Maske der Vaterlandspartei vorgezogen hätten. Die Sozialdemokratie habe sich durch ihre Auffassung, Handlungsweise und staatslose Leitung der Arbeiterbewegung Anspruch auf Anerkennung in Gegenwart und Zukunft erworben. Das Zentrum habe von seiner ausschlaggebenden Stellung einen weislichen Gebrauch gemacht. Die gegensätzlichen Strömungen in der national-liberalen Partei machten es ihren Führern unmöglich, in hochpolitischen Fällen eine einheitliche Haltung zu wahren. Die Fortschrittliche Volkspartei sei klar und einheitslich geführt. Höchste Aufgabe einer Partei sei es, dem Volke Staatsgeist und dem Staat Volksgestalt zu vermitteln. Diesen Geist habe man neuartig auch gehört aus der Rede des Bringen Max von Baden. Nichts könnte der Einheit Deutschlands mehr nützen, als wenn in sämtlichen Kreisen sich dieser Geist ausbreiten würde. Das sei Freiheit, das sei Bildung, das sei menschlich, christlich und demokratisch. (Beifall.)

Zu Anschließ an die Rede wurde einstimmig folgende

Entschließung

angenommen: Die Fortschrittliche Volkspartei Württembergs spricht der Reichsregierung das Vertrauen aus, daß sie den das Vaterland rettenden Verteidigungskrieg durch einen guten Frieden führen wird. Die Landesversammlung billigt die Haltung der Reichstagsfraktion und spricht ihr den Dank aus für ihre Arbeit. Sie begrüßt den Eintritt ihres langjährigen hochverdienenden Führers Bayer in die Reichsregierung und in das verantwortungsvolle Amt des stellvertretenden Reichskanzlers. Reichstagsabgeordneter Dießing sprach über die

Kriegswirtschaft

Wenn die vielgeschmähte J. E. G. deren Eingreifen jedesmal das Verschwinden der Auslandsware zugeschrieben werde, nach dem Krieg einmal ihre Einfuhrziffern veröffentlichte werde, werde man sich eines gewissen Staunens nicht enthalten. Der rechtmäßige Handel, der vor dem Kriege seine alten Beziehungen zu dem Ausland gehabt habe, hätte aber beim Einbruch hart herangezogen werden sollen. Man hätte ihm die Verpflichtung auferlegen sollen, die eingeführten Waren durch Vermittlung der Verteilungsstelle der Allgemeinheit zuzuführen, wobei er als Prämie einen Teil der Einfuhr im freien, nur durch Höchstpreise gebundenen Handel hätte verwenden können, ein Verfahren, das bei der Uebergangswirtschaft hoffentlich mit Erfolg zur Anwendung kommen werde. Die Uebersetzungen der Grundrissvorschriften habe in einem Maße um sich gegriffen, das für die Zukunft nicht gut zu hoffen lasse. Es sei eine kluge Politik Englands und Frankreichs gewesen, daß sie in erster Linie die Versorgung von London und Paris sichergestellt hätten. Auch unsere politischen Verhältnisse wären gesunder geblieben, wenn man in der Reichsregierung und insbesondere im preussischen Landwirtschaftsministerium zeitig eingesehen hätte, daß die ausreichende Versorgung der in den Städten angesammelten Masse ebenso wichtig sei, wie die immer wieder in den Vordergrund gerückte Anreizung der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Produktionssteigerung. In der Kohlenversorgung seien schwere Fehler gemacht worden. Das Frühjahr und der Frühommer hätten zur Sicherstellung des Hausbrandes in ganz Deutschland benutzt werden sollen. Als der jetzige leitende Kommissar im August sein Amt übernommen habe, habe er Versäumtes nicht mehr nachholen können. Eine Verschiebung der Front im Westen werde auch dem Verkehr mit dem Rhein neue Schwierigkeiten bringen. Troßdem bestehe die Hoffnung auf eine bessere Versorgung des Hausbrandes und der Gaswerke Ende Januar, vorausgesetzt, daß sich der starke Winter in Süddeutschland nicht auf die Wasserkräfte des Rheins erbreite.

Die deutsche Industrie habe die Probe auf ihre Leistungs- und Anpassungsfähigkeit auf glänzendste bestanden, und zwar unter den schwierigsten Verhältnissen. Besonders schwer sei es für einen großen Teil der nicht beschäftigten Industrie wie des Handwerks gewesen, die hätten zusehen müssen, wie große Kriegsbetriebe Millionenverdienste hätten machen können und eine Steigerung der Löhne, auch der jüngsten Arbeiter, herbeigeführt hätten, die für andere Betriebe, die sich mit beschwerlicheren Gewinn begnügen müßten, unerschwinglich seien. Die Zentralisation des gesamten Wirtschaftsliebens in Berlin sei zweifellos von großem Hebel. Die Bundesstaaten, die schon im Frieden eigene Kriegswirtschaften besäßen, seien insofern bevorzugt, als sie die Aufträge für die eigenen Truppenteile im eigenen Land vergeben könnten. Der Unwille gegen die zentralisierte Verwaltung habe sich zu Unrecht in heftigen Ausfällen gegen

die Kriegsgesellschaften

Luft gemacht. An sich sei bei den Kriegsgesellschaften der Wunsch der Industrie und des Erwerbslebens überhaupt erfüllt, daß möglichst wenig Beamte, aber umso mehr Sachverständige bei der Verwaltung beteiligt sein sollten. Es habe sich aber gezeigt, daß die Industrie selbst die Meinung habe, jeden Berufsgenossen, dem ein Verfügungsrecht über die Gesamtheit seiner Berufsgegenstände eingeräumt werde, nicht mehr als Sachverständigen, vielmehr als Interessenten zu betrachten. Noch nie sei die Entscheidung über das Schicksal ganzer Industrien wie einzelner Betriebe so vollständig in die Hand Einzelner gelegt worden, ohne daß dagegen ein Beschwerde-recht gegeben sei, wie in diesem Kriege. Wenn sei anzuerkennen, daß in häufigen Fällen von dieser Machtbefugnis ein weiser und einsichtiger Gebrauch gemacht werde, insbesondere von dem zur Zeit in Deutschland auf wirtschaftlichen und industriellen Gebiet wichtigsten Mann, dem Oberleutnant Dr. Roth, dem verdienstvollen Leiter der Kriegswirtschaft. Als besonders schwieriges und trauriges Kapitel sei die Stilllegung ganzer Industriezweige die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Stilllegung häufig für die Allgemeinheit nicht von dem Nutzen sei, daß dadurch die Schädigung der Einzelbetriebe, insbesondere mit Rücksicht auf die nahe Uebergangswirtschaft, aufgehoben werde. Die Gefahr des dauernden Verschwindens dieser Betriebe und der Konzentrierung in wenige

Wohlbetriebe sei für unser gesamtes Wirtschaftsleben sehr ernst. Das unheilvolle Eingreifen des Willens Handels habe die Regierung und Bevölkerung auch ungerne gegen den allzu energiegelassen Handel gemacht. Am schlimmsten von allen Erwerbszweigen sei aber wohl das Handwerk betroffen worden.

Uebergangswirtschaft

angehend, bemerkte der Redner, Deutschland werde sich beim Friedensschluß in der Lage eines liquidierten Geschäftsbetriebes befinden. Ein ungeheures Erneuerungs- und Neuanlagebedürfnis werde den Inlandsmarkt beherrschen. Öffentlich werde die Lage Deutschlands beim Friedensschluß betragt sein, daß es, wenn es eine in Rohstoffen oder Halbfabrikaten zu verarbeitende Kriegswirtschaft habe, die auch die Volkspartei wünsche, nicht erlangen könne, es im Wege des Verhandlungsfriedens gerade mit seinen Gegnern, insbesondere mit den Vereinigten Staaten, eine Valutaanleihe abschließen könne.

Im Anfang der Uebergangswirtschaft werde bestimmt werden, welche Vorsehungen und in welchen Mengen die den Vorrang bei der Einfuhr haben dürfen. Auch eine Verteilung der eingeführten Waren auf die einzelnen Betriebe nach dem Friedenskontingent sei notwendig. Stillgelegte Betriebe müßten eine größere Zuweisung erhalten als die, die im Krieg weiter beschäftigt seien. Nicht betriebsfähige stillgelegte Betriebe könnten ihr Kontingent in einzelnen Industrien in anderen Betrieben im Lohn verarbeiten lassen. Die zu diesen Maßnahmen notwendigen Organisationen müßten eine möglichst freie Stellung erhalten.

Als letzter Redner sprach Dr. A. H. H. über das

Staatsrecht im Kriege

Er betonte u. a., die rasche Erhebung der preussischen Wahlrechtsfrage sei gegeben durch den Wunsch, daß die großen finanziellen und wirtschaftlichen Aufgaben des Friedens von den Kämpfern um die innere Gestaltung des Staates entlastet sein müßten. Die Demokratisierung Deutschlands werde nicht das Himmelreich auf Erden bringen, aber sie werde für jene großen Aufgaben Volksgestalt und Staatsgefühl zusammen-schreiben, ohne die diese Aufgaben nicht gelöst werden könnten. Die Staatsverhältnisse müßten unabhängig Reichsministerien werden. Eine Finanzordnung der Zukunft, die nur ein Kompromiß der Finanzminister der Einzelstaaten darstelle, sei eine Unmöglichkeit. Das der Krieg einen veränderten Verfassungszustand gebracht habe, von der Front her und in den Entscheidungslagen sei unverkennbar. Aufgabe der politischen Parteien werde es sein, gegen diesen populären Verfassungszustand ein starkes Gegengewicht auszubilden. Viel gefährlicher sei der bündische Partikularismus, wenn man an Elbsch-Bothinger denke. Der Redner schloß: Wir wollen eine Ergänzung des Selbstbestimmungsrechtes, das der Krieg gebracht hat, durch Selbstbestimmung und Selbstverantwortung nach innen und außen. (Beifall.)

Als letzter Redner sprach Geheimrat Hofrat Brudmann, der betonte, daß die Ausführung der Tagung die geistige und moralische Größe des Parteitagenden erwiesen habe und die Landesversammlung ihr Ende.